

Gelingt die Kompensation knapper Büroressourcen bei der Polizei durch Desksharing und Homeoffice?

In den Liegenschaften der Polizei und insbesondere in den Polizeipräsidien stehen wir vor einer herausfordernden Situation: Der steigende Personalzuwachs trifft auf immer knapper werdende Büroressourcen. Diese Realität zwingt die Behörden, innovative Lösungen zu finden, um den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt gerecht zu werden. Ein Pilotversuch zu Desksharing und Homeoffice soll, zunächst im PP Mittelhessen, hier kurzfristig Abhilfe schaffen. Indes ist die Implementierung mit zahlreichen Herausforderungen und Bedenken verbunden, die sowohl Personal als auch Behördenleitung betreffen.



Hintergrund und Notwendigkeit des Pilotversuchs

Über das LBIH wurde bekannt, dass man beabsichtige, bis 2025 rund 30 Prozent der angemieteten Landesliegenschaften abzubauen. Grund: CO₂-Emissionen sollen dadurch reduziert werden. Kann man glauben, muss man aber nicht! Diese Entscheidung mag umweltpolitisch sinnvoll erscheinen, sie wirft jedoch grundlegende Fragen bezüglich der Arbeitsplatzgestaltung, insbesondere im Polizeibereich, auf. Wir Polizeibeschäftigten leben Polizei in einer komplett anderen Arbeitswelt als der Rest der Landesverwaltung. Erfordert der Personalzuwachs in den Polizeibehörden eine effizientere Nutzung vorhandener Büroflächen? Können Desksharing

und Homeoffice hier als mögliche Lösungsansätze dienen? Und wie sinnvoll sind diese Konzepte in der Polizeipraxis? Der Pilotversuch stellt eine recht frühe Phase dar, in der verschiedene Modelle getestet werden sollen. Die Hoffnung ist groß, dass durch flexible Arbeitsmodelle die Nutzung der vorhandenen Büroressourcen optimiert und gleichzeitig die Work-Life-Balance der Mitarbeitenden verbessert werden kann. Dennoch bleibt abzuwarten, ob die theoretischen Vorteile auch tatsächlich in der Praxis, insbesondere im Ermittlungsbereich und bei der Kriminalpolizei, umsetzbar sind.

Gemeinsame Bewertung der neuen Arbeitszeitformen

Ein zentrales Element im Rahmen dieses Pilotversuchs ist die gemeinsame Bewertung durch Behördenleitung und Personalrat. Nach Beendigung des Piloten werden beide Seiten sich an einen Tisch setzen müssen, um identifizierte Vor- und Nachteile dieser neuen Arbeitszeitformen zu erörtern. Diese gemeinsame Betrachtung ist unerlässlich, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu identifizieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Besonders wichtig ist, dass Erfahrungen und Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen miteinfließen. Die Polizeibeschäftigten sind es, die am Ende mit den neuen Regelungen leben und arbeiten müssen. Eine transparente Kommunikation und ein offenes Ohr für die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen sind daher entscheidend, um Akzeptanz und Vertrauen in mögliche neue Modelle zu stärken.

Herausforderungen des Desksharing-Modells

Das Desksharing-Modell bringt verschiedene Vorteile mit sich, jedoch auch erhebliche Herausforderungen. Viele Polizeibeschäftigte müssen aufgrund fehlender eigener Büro-



räume ihre kompletten Ausrüstungsgegenstände, die normalerweise ganze Schränke füllen, sowie dienstliche Utensilien und insbesondere Aktenbestände in laufenden Ermittlungsverfahren zu Hause aufbewahren. Diese Vorgehensweise birgt nicht nur Sicherheitsrisiken, sondern führt auch zu zusätzlichen Belastungen für die Ermittlerinnen und Ermittler, die dafür sorgen müssen, dass die dienstlichen Gegenstände sicher und unzugänglich für Dritte aufbewahrt werden. Im Piloten ist das von der Behörde bereitgestellte Transportbehältnis für Asservate kaum größer als eine handelsübliche Brotdose. Dies ist inakzeptabel, wenn wir an die voluminösen Materialien und Dokumente denken, die im Rahmen von Ermittlungen anfallen.

Es muss dringend eine Lösung gefunden werden, die sowohl den Sicherheitsanforderungen als auch den praktischen Bedürfnissen der Polizeibeschäftigten Rechnung trägt. Die Digitalisierung der Akten dauert eben! Auch bei der Polizei.

Der „Hauruck“-Ansatz ist nicht tragbar

Ein besorgniserregender Trend ist der Wunsch nach schnellen Lösungen im Sinne eines „Hauruck-Verfahrens“. In den letzten Monaten haben wir zahlreiche Beschwerden aus vielen betroffenen Arbeitsbereichen vernommen, die vor einer schnellen Übertragung auf neue Arbeitsmodelle ohne eingehende Betrachtung



vorhandener Schwachstellen warnen. Die Einführung von Desksharing und Ausweitung der Homeoffice-Regelung darf nicht aus der Not heraus, sondern muss wohlüberlegt und unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren, dazu zählt explizit auch die Kriminalitätsbekämpfung auf der Straße, erfolgen. Bei möglichen Umsetzungen neuer Arbeitszeitformen muss darauf geachtet werden, dass die

Qualität unserer Arbeit nicht leidet. Wir können nicht zulassen, dass unter dem Deckmantel der Effizienz und Flexibilität die Sicherheit und vor allen Dingen die gesetzlich einzuhaltenden Vorschriften unserer Kolleginnen und Kollegen nicht vollumfänglich eingehalten werden können.

Ausblick: auf ein verantwortungsvolles Miteinander

Wie die Entwicklungen weitergehen, bleibt abzuwarten. Es liegt an uns, die Rückmeldungen aus diesem Pilotversuch ernst zu nehmen und darauf basierend bestehende Arbeitsmodelle weiterzuentwickeln. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Behördenleitung ist hier

bei unerlässlich. Letztlich ist es unsere gemeinsame Verantwortung, die Weichen für eine zukunftsfähige Arbeitsplatzgestaltung zu stellen, die sowohl den gesetzlichen Vorgaben als auch den individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht wird. Der Weg dorthin erfordert Geduld, Engagement und den Willen, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Gleichbedeutend braucht die hessische Polizei weitere Liegenschaften, um bei gleichzeitig ansteigender Kriminalität und einem personellen Zuwachs wirksam und bürgernah weiterhin Kriminalitätsbekämpfung effektiv durchführen zu können.

Für uns. Für unsere Arbeitsbedingungen. Für unsere Zukunft.

Jens Mohrherr,
Landesvorsitzender

Kaufkraft unter Druck – was die Besoldungsentwicklung wirklich zeigt

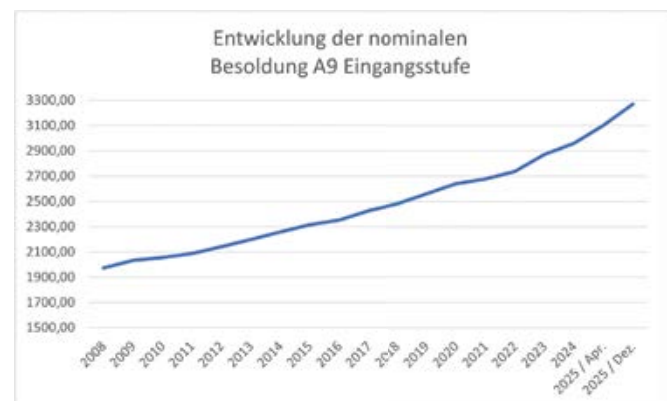
Wenn über Besoldung gesprochen wird, dominieren meist Prozentzahlen. Es sind Erhöhungen von 1,5, 2 oder 3 Prozent, die in Tarifrunden erkämpft und anschließend auf die Beamten übertragen werden. Doch die nüchterne Wahrheit ist: Prozentzahlen allein sagen nichts über die tatsächliche Wirkung aus. Erst wenn man die Entwicklung der Preise danebenstellt, zeigt sich, ob die Kolleginnen und Kollegen real etwas davon haben. Für die A 9-Eingangsstufe, also die typische Einstiegsbesoldung vieler Polizeibeschäftigter in Hessen, lässt sich dieser Zusammenhang inzwischen über fast zwei Jahrzehnte nachzeichnen – und er offenbart ein ernüchterndes Bild.

Die Jahre nach 2008 waren zunächst von moderatem Wachstum geprägt. Mit linearen Anpassungen von rund drei Prozent konnten zwar spürbare Schritte gemacht werden, doch gleichzeitig stiegen auch die Preise. Bis Mitte der 2010er-Jahre hielten sich Gehaltsanstiege und Inflation ungefähr die Waage. Real wuchs die Kaufkraft leicht, die Tabellenwerte kletterten zuverlässig nach oben und die Kolleginnen und Kollegen hatten den Eindruck, dass die Mühen am Ende des Monats ein klein wenig mehr wert waren. Diese Phase war stabil, aber sie baute keine Reserven auf.

Spätestens ab 2015 wurde die Schwäche des Systems sichtbar. In diesem Jahr gab es eine

Nullrunde, die trotz niedriger Inflation zu einer spürbaren Delle in der Entwicklung führte. Es dauerte mehrere Jahre, bis dieser Rückschritt wieder aufgeholt war. Kleine lineare Erhöhungen von ein bis zwei Prozent hielten zwar das nominale Grundgehalt in Bewegung, reichten aber nicht aus, um die Kaufkraft entscheidend zu stärken. Wer damals im Polizeidienst begann, erlebte unmittelbar, dass die Tabellen zwar jedes Jahr angepasst wurden, aber die Entlastung im Alltag überschaubar blieb.

Die große Zäsur folgte ab 2021. Während zuvor die Inflationsraten über viele Jahre im Bereich von ein bis zwei Prozent lagen, explodierten sie plötzlich. 2022 mit 6,9 Prozent und



2023 mit 5,9 Prozent wurden die höchsten Teuerungsraten seit Jahrzehnten verzeichnet. Das war für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar, aber für Beschäftigte im öffentlichen Dienst hatte es eine doppelte Wirkung: Zum einen stiegen die Lebenshaltungskosten in allen Bereichen sprunghaft an, von Lebensmitteln über Energie bis zu Mieten. Zum anderen waren die in den Jahren zuvor vereinbarten Besoldungsanpassungen darauf nicht vorbereitet. Selbst die kräftigere Erhöhung im Jahr 2023 mit knapp fünf Prozent konnte den Preisschub nicht ausgleichen.

Die Folge war ein realer Rückgang der Kaufkraft, der die Erfolge der gesamten vorherigen Dekade nahezu ausradierte. Während 2021 das reale Monatsgrundgehalt in der A 9-Eingangsstufe auf einem Spitzenwert lag, fielen die Werte 2022 und 2023 wieder deutlich zurück. 2024 lagen sie sogar unter dem Niveau von 2017. Anders gesagt: Wer 2024 in Hessen im Polizeidienst stand, hatte trotz gestiegener Tabellenwerte im Portemonnaie weniger Kaufkraft als sieben Jahre zuvor. Dieser Befund ist nicht nur statistisch relevant, er trifft die Kolleginnen und Kollegen ganz konkret im Alltag, wenn steigende Kosten die mühsam erkämpften Anhebungen vollständig auffressen.

Erst mit den für 2025 beschlossenen Stufen kommt wieder Bewegung in die Sache. Der April bringt mit einer Erhöhung von 4,8 Prozent eine spürbare Entlastung, der Dezember kurz vor Jahreswechsel mit vier Monaten Verspätung mit weiteren 5,5 Prozent einen zusätzlichen Schub. Rechnet man diese Schritte auf die Kaufkraft zurück, wird klar, wie entscheidend sie sind: Ohne die zweite Stufe bliebe die reale Entwicklung nahezu eingefroren. Erst die vollständige Umsetzung bringt die Kaufkraft zurück auf ein Niveau, das das bisherige

Jahr	Verbraucherpreisindex 2008 = 100	Inflationsrate	Besoldungserhöhungen	Besoldung A 9 Stufe 1	reale Kaufkraft
2008	100,0	2,6	3	1.973,57	1.973,57
2009	102,6	0,3	3	2.032,78	1.981,27
2010	102,9	1	1,2	2.057,17	1.999,04
2011	103,9	2,2	1,5	2.088,03	2.008,94
2012	106,2	1,9	2,6	2.142,32	2.016,80
2013	108,2	1,5	2,6	2.198,02	2.030,66
2014	109,9	1	2,6	2.258,00	2.055,24
2015	111,0	0,5	0	2.316,71	2.087,80
2016	111,5	0,5	1	2.351,71	2.108,80
2017	112,1	1,5	2	2.426,71	2.165,23
2018	113,8	1,8	2,2	2.480,10	2.180,16
2019	115,8	1,4	3,2	2.559,46	2.210,14
2020	117,4	0,5	3,2	2.641,36	2.249,37
2021	118,0	3,1	1,4	2.678,34	2.269,52
2022	121,7	6,9	2,2	2.737,26	2.249,70
2023	130,1	5,9	4,89	2.872,67	2.208,60
2024	137,7	2,2	3	2.958,85	2.148,12
2025/Apr.	140,8	2	4,8	3.100,87	2.202,77
2025/Dez.	143,6	0	5,5	3.271,42	2.278,35

Hoch von 2021 übertrifft. Dabei ist zu beachten, dass die für 2025 angesetzte Inflationsrate von zwei Prozent nur eine Annahme ist, weil noch keine offiziellen Zahlen vorliegen. Sollte die tatsächliche Inflation höher ausfallen, könnte der Effekt sofort wieder abgeschwächt werden. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die zweite Stufe im Dezember 2025 auch wirklich umgesetzt wird. Nur sie sorgt für die dringend notwendige Wende.

Die Lehre aus dieser Entwicklung ist eindeutig. Nominale Steigerungen in Prozent klingen politisch oft eindrucksvoll, doch entscheidend ist die reale Wirkung. Eine Inflationsrate von sechs Prozent kann eine fünfprozentige Besoldungserhöhung im Handumdrehen zunichtemachen. Deshalb reicht es nicht, Anpassungen einfach als Erfolg zu verkaufen. Sie müssen in Relation zur Teuerung gesehen werden. Nur dann lässt sich feststellen, ob die Beschäftigten wirklich profitieren oder ob sie im Ergebnis zurückfallen.

Für die Kolleginnen und Kollegen in der Polizei hat das unmittelbare Folgen. Gerade die A 9-Eingangsstufe betrifft junge Menschen am Beginn ihrer Laufbahn, die sich vielleicht eine Wohnung suchen, eine Familie gründen oder erste Anschaffungen tätigen. Wenn in dieser Lebensphase die reale Kaufkraft nicht steigt, sondern stagniert oder zurückgeht, ist das nicht nur frustrierend, sondern auch gefährlich für die Attraktivität des

Berufs. Schon heute konkurriert der öffentliche Dienst mit der Privatwirtschaft um Nachwuchs. Wenn Bewerberinnen und Bewerber sehen, dass die Kaufkraft trotz „Erhöhungen“ real schrumpft, stellt sich die Frage, warum sie sich für diesen Beruf entscheiden sollen.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung auch, dass konsequente, tabellenwirksame Schritte wirken können. Die zweite Stufe 2025 macht den Unterschied. Sie hebt die reale Kaufkraft auf ein neues Niveau und zeigt, dass Politik hier Gestaltungsspielraum hat. Doch sie macht auch deutlich, wie knapp kalkuliert ist: Eine unerwartet höhere Inflationsrate könnte den Effekt sofort wieder relativieren. Wer also glaubt, mit zwei großen Stufen sei das Thema erledigt, irrt. Vielmehr muss die Besoldungspolitik dauerhaft so ausgerichtet werden, dass sie Preisentwicklungen antizipiert und nicht erst im Nachhinein reagiert.

Diese nüchterne Bilanz ist keine Schönfärberei, sondern das Ergebnis einfacher Rechnungen. Und genau deshalb ist sie so wertvoll. Sie zeigt, dass unsere Forderungen nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf klaren Daten beruhen. Wir verlangen keine Luxusgehälter, sondern lediglich, dass die Kaufkraft erhalten bleibt und die Kolleginnen und Kolle-

Quellen:

Verbraucherpreisindex:
<https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/61111/table/61111-0001>

Übersicht Besoldungserhöhung:
<https://oeffentlicher-dienst.info/beamte/he/a/>



Grafiken-Sebastian Schubert (3)



gen nicht Jahr für Jahr an Wert verlieren. In einer Zeit, in der die Anforderungen an die Polizei steigen und die Belastungen immer größer werden, ist das eine Frage der Fairness.

Am Ende dieser Analyse bleibt ein klares Fazit: Die hessische Besoldungspolitik hat in den letzten Jahren nicht ausreichend auf die Inflationsschübe reagiert. Erst die für 2025 beschlossenen Stufen bringen eine spürbare Wende. Doch das reicht nicht aus, um Vertrauen wiederherzustellen. Wir brau-

chen eine dauerhafte Lösung, die Kaufkraftsicherung zum Maßstab macht und nicht als Nebenaspekt behandelt. Das ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch im Interesse des Staates selbst, der eine motivierte, leistungsfähige und verlässliche Polizei braucht.

Deshalb gilt: Wir werden nicht lockerlassen. Wir werden weiter mit Nachdruck fordern, dass Besoldung keine politische Restgröße bleibt, sondern die Realität anerkennt.

Wir werden deutlich machen, dass Einmalzahlungen und halbe Schritte keine echte Lösung sind. Und wir werden uns so lange einsetzen, bis jede Kollegin und jeder Kollege spürt, dass ihre und seine Arbeit nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt wird, sondern auch auf dem Konto. Denn eine starke Polizei braucht eine starke Kaufkraft – und dafür kämpfen wir.

Sebastian Schubert

HOHE MIETKOSTEN BELASTEN DEN LANDESHAUSHALT 2026

Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los

Die Worte aus Goethes „Der Zauberlehrling“ könnten kaum prägnanter sein, um die gegenwärtige Situation im landeseigenen Immobilienmanagement zu beschreiben. Der Weg, den die Landesregierungen unter dem damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch ab 1999 eingeschlagen haben, wird als ein klassisches Beispiel für politische Fehlentscheidungen und missratene Reformen in die Geschichte eingehen. Die Veräußerung von 54 landeseigenen Liegenschaften zwischen 2005 und 2006 war eine zentrale Maßnahme, um die klammen Haushaltskassen zu füllen. Der damit verbundene Mietvertrag, der Mieter verpflichtete, nicht nur Mieten zu zahlen, sondern auch sämtliche Kosten für Sanierungen und Renovierungen zu übernehmen, hat sich zu einem finanziellen Albtraum entwickelt – ein Spuk, den niemand mehr loswurde.

Die Illusion des Gewinns

Die Landesregierung präsentierte diese Verkäufe zunächst als Erfolgsstory. Rund zwei Milliarden Euro flossen in die Kassen, und der neu gegründete Landesbetrieb Bau- und Immobilien Hessen (LBiH) sollte die Verantwortung für die verwalteten Liegenschaften übernehmen. Doch das Konstrukt, das als „professionell“ angepriesen wurde, erwies sich schnell als fehlerhaft. Der angestrebte Erfolg blieb aus; vielmehr führte die unzureichende Betreuung der Liegenschaften zu einem enormen Investi-

tionsstau. Landeseigene Gebäude, darunter viele Polizeidienststellen, sind sanierungsbedürftig. Notwendige Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen wurden oft entweder gar nicht oder nur unzureichend durchgeführt. Der Versuch, durch Revierzusammenlegungen den Bürgern Sicherheit zu versprechen, geriet zur Farce. Einmal geschlossen, blieben Polizeistationen oft ohne die nötige infrastrukturelle Unterstützung. Die Bürger fragten sich, ob sie wirklich mehr Sicherheit erhielten, während die vorhandenen Ressourcen nicht einmal für die grundlegende Instandhaltung ausreichten.

Das Ergebnis: ein Teufelskreis

Die Mietverträge, die mit den neuen Eigentümern abgeschlossen wurden, zeigen, wie paradox die Situation geworden ist. Während die Landesregierung über Einsparungen und Effizienzsteigerungen sprach, wurden die Mieter gleichzeitig mit der gesamten Last der Instandhaltungskosten belastet. So kam es, dass die eigenen Ressourcen der öffentlichen Hand nicht ausreichend genutzt wurden, um die notwendigen Sanierungen durchzuführen. Stattdessen wurde von den Mietern verlangt, dass sie nicht nur die Miete begleichen, sondern auch selbst für alle anfallenden Renovierungs- und Sanierungskosten aufkommen mussten. Ein Konzept, das auf den ersten Blick absurd anmutet, entblößt die Schwierig-



Grafik: KI-generiert mit ChatGPT

keiten und Widersprüche eines Systems, das versucht, finanzielle Engpässe durch Verschiebung von Verantwortung zu lösen.

Die Übertragung von Verantwortung

Im Jahr 2026 stehen wir am Ende eines weiteren politischen Zyklus, der geprägt ist von dem Versuch, angesammelte Fehler zu korrigieren. In den Ressorts, auch bei der Polizei, sind die Budgeteinsparungen bereits in vollem Gange, und die Hiobsbotschaften häufen sich. Es wird ernsthaft diskutiert, bis zu 30 Prozent der Landesliegenschaften abzumieten, um den CO₂-Ausstoß zu verringern. Doch verursacht dies nicht gerade einen weiteren finanziellen Druck auf den Haushalt? Und wo bleibt die Erkennt-



nis, dass die bisherigen Entscheidungen, die auf Gewinnmaximierung aus waren, letztlich langfristige Verluste nach sich ziehen? Es scheint, als würde die Landesregierung erneut die Geister rufen, die sie nicht mehr loswird. Statt auf Veränderungen und nachhaltige Konzepte zu setzen, bleibt man in alten Denkschablonen gefangen. Die schmerzhafteste Lektion, dass eine kurzfristige Geldflut langfristige Schäden anrichten kann, scheint nicht gelernt worden zu sein.

Politische Verantwortung und Bürgerinteresse

Goethes Zauberlehrling wusste nicht, wie er die heraufbeschworenen Geister bändigen sollte. Er hatte etwas ins Rollen ge-

bracht, das er nicht mehr kontrollieren konnte. Ähnlich steht es um die Politiker, die sich mit solchen Verträgen in die Abhängigkeit begaben und nun die Kontrolle über die Folgen ihres Handelns verloren haben. Die Bürger erwarten, dass ihre Politiker im Sinne des Allgemeinwohls handeln und nicht nur kurzfristige Einnahmen im Blick haben.

Fazit: ein Weg zur Besserung

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, bedarf es einer grundlegenden Neubewertung der bisherigen Strategien. Die Verantwortlichen sollten erkennen, dass die Vernachlässigung öffentlicher Immobilien und die Übertragung aller Kosten an die Mie-

ter nicht zielführend sein können. Es gilt, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und einen nachhaltigen, zukunftsorientierten Ansatz zu finden, der sowohl den Bedürfnissen der Bürger als auch den Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur gerecht wird.

Nur so können wir sicherstellen, dass die Geister, die Politiker riefen, uns nicht länger verfolgen. Wir brauchen Lösungen, die auf Kooperation, Verantwortung und einer gesunden, transparenten Verwaltung basieren. Vielleicht hätte Goethe tatsächlich einige Anregungen für moderne Berufspolitiker gehabt – die Frage ist nur, ob sie bereit sind, zuzuhören!

Jens Mohrherr,
Landesvorsitzender

EIN STREIFZUG DURCH 44 JAHRE STAATSNÄHE – MIT HELM, HUMOR UND HÄME

Polizist – früher Freund, heute Fußabtreter

„Unsere Polizei? Respekt hat frei!“ Mit diesen Worten blicke ich, knapp über zwei Jahre nun Pensionär, auf die Polizei, aber auch meine Karriere zurück. Ein „generationsübergreifender Abschied von Anstand und Respekt“, dies trifft es, denke ich, recht gut. Mit anderen „Polizei-Boomern“ habe ich gemein, auf über 44 Jahre Staatsnähe in die Vergangenheit blicken zu können. Und nicht mit dem Fazit „alles war früher besser“, sondern eher mit der Tatsache, dass wir früher Helfer waren und heute Fußabtreter sind. Und das meine ich auch so!

Ich begann 1979 in Kassel und marschierte mit meinen Gleichgesinnten, es waren ausschließlich Männer oder eher junge Buben, in die Kaserne. Frauen gab es noch keine, dies dauerte noch zwei Jahre. Vom ersten Tag an lernten wir seit Überqueren der Einfahrtsschranke, dass ab nun eine neue galaktische Macht über uns wachte, die des Staates. Unbekümmert und noch nicht über die gebührende Erfahrung und den Respekt gegenüber dieser Macht verfügend starteten wir in dieses Abenteuer, nicht wissend, dass es über mehr als 44 Jahre andauern sollte.

Die Ausbildung, so hieß dies damals und hat übrigens keinem geschadet, brachten wir mit viel Stress, Kampf und einer Menge Spaß hinter uns. Lassen wir einige un-

angenehme Erfahrungen wie den „Krieg“ um die Startbahn 18 West einmal weg, zerstreute uns dieser Staat dann in viele verschiedene Himmelsrichtungen und Polizeistationen. Und so nahm unsere und meine Geschichte seinen Lauf. Schön wäre es gewesen, hätte man wahrsagerische oder hellseherische Fähigkeiten besessen. Hätte ich auf die kommenden Dekaden vorausschauen können, ich hätte es wahrlich nicht geglaubt. Möglicherweise hätte mich dies auch zu einer beruflichen Veränderung geleitet, war aber nicht so.

Also begann sie, meine Reise durch mehr als 40 Jahre Polizei, in sehr vielen unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern. Die ersten Jahrzehnte waren geprägt vom Dienst „auf

der Straße“. Also „mittendrin, statt nur dabei“. Seltsam, aber dieser Spruch sollte erst 30 Jahre später vom Werbeslogan eines TV-Senders in die Umgangssprache Einzug halten.

Vor 40 Jahren: die goldene Ära der Wachtmeister

Es war einmal ..., da trug der Polizist von damals noch Schnauzbart (ja, ich auch), Lederkrawatte und moralische Autorität. Er konnte ein Fahrrad anheben, auf den Kopf stellen und sagen, ob die Rücktrittsbremse zieht – und das mit verbundenen Augen, ohne Handy, ohne App. Er konnte, bei vielen sehr beliebt, das Spielchen „Mofafahrer



1987 vor der alten PAST Wiesbaden-Erbenheim

ärgern“ spielen. Nicht unbedingt mit Wissen und Fortbildung ausgestattet, konnte mit ein paar Blicken und einem Schraubenzieher festgestellt werden, ob Ritzel oder Vergaser manipuliert waren (Gruß an Heino ;-). Mir tun heute noch manche jungen Biker leid, denn sie gaben mit erheblicher Ehrlichkeit ausgestattet, sehr schnell alles zu. Oft noch bevor der Schraubenzieher überhaupt angesetzt war. Ui, Respekt? Folge: Man sah sie in den kommenden Wochen nicht mehr ähnlich auf der Straße unterwegs – ein Lerneffekt, Angst vor dem Staat, was auch immer.

Man begegnete dem Polizisten, so auch mir, mit einem ehrlichen Nicken, das irgendwo zwischen Respekt und Angst vor dem sinnbildlichen „Rohrstock der Vergangenheit“ lag. Apropos Stock, wir hatten nichts an unserem Gürtel, der aus weichem, viel zu biegsamem Leder war. Außer unserer Pistole „P1“ und einem „Gummi-stock“, der links in der seitlichen (Einschub-) Hosentasche steckte. Das war es auch schon, aber mehr brauchten wir wohl nicht, um eine gewisse Art von Respekt auszustrahlen.

Über die hellbeige Stoffhose und das nach 10 Minuten Dienst vollgeschweißte Stoffhemd reden wir mal besser nicht.

Kinder sagten freundlich „Guten Tag“, Erwachsene fuhren mit ihren Autos freiwillig 48 km/h in der 50er-Zone. 30-er Zonen gab es ja noch gar nicht. Wer Ärger mit der Polizei hatte, hatte danach meist auch Ärger mit seinem Vater. „Wir benachrichtigen nun deinen Vater“ – eine nicht selten ausgesprochene „Drohung“, die bei vielen dazu führte, Ehrlichkeit, Respekt und Einsicht an den Tag zu legen. Und die Mutter? Sie brachte dann alle Beteiligten wieder zur Ruhe, besänftigte den Mann und beschwichtigte alle Parteien. Danach war aber Schluss.

Wenn wir als Polizisten die Straße betreten, flüsterte der Bürger oft ehrfürchtig: „Der Staat sieht dich.“ Lief jemand über eine rote Fußgängerampel, sagte die Mutter zu ihrem wartenden Kind: „Wenn du auch da drüber läufst, holt dich die Polizei.“

Wer zu schnell fuhr, bekam ein Ticket und schlechte Laune – aber dafür nie wieder Punkte, weil man aus Prinzip nie wieder zu schnell fuhr. Der Polizist war der Wächter, der Freund, der respektierte Mann in Uniform – zumindest solange man nicht zu tief ins Glas oder in die Politik schaute. Moin, Herr Wachtmeister, das bleibt mir in Erinnerung, in sehr guter sogar.

Vor 30 Jahren: die coole Ignoranz der 90er

Die Zeiten änderten sich, wie auch die Musik und natürlich die Politik der Einigung und Freiheit im gemeinsamen Deutschland der 90er. Unsere Polizei machte natürlich keine Ausnahme und wollte sich anpassen. Die Uniform wurde moderner, die Sprüche lauter und gefühlt aggressiver.

Aus „Wachtmeister“ wurde „Ey, Bulle“, und die erste Generation mit Skateboard, Kettcar und eigener Meinung erschien auf der Bildfläche. Polizisten wurden nicht mehr gefürchtet und respektiert, sondern als Spielverderber abgestempelt, wenn sie Partys um 2 Uhr nachts auflösten – und das nur, weil jemand mit 120 Dezibel zu Scooter tanzte bzw. ravte, wie man sagte. Hyper, hyper, das haben wir doch alle privat selbst gemacht, oder? Konflikt?! Sie blieben aber freundlich. Der Bürger wurde plötzlich Gesprächspartner. Man erklärte. Man diskutierte. Und manchmal seufzte man auch.

In den 90ern begann man also zu duzen. Polizisten wurden noch gefürchtet – aber eher als Hindernis zwischen sich selbst und dem nächsten illegalen Open-Air-Rave gesehen. Gegen mangelnden Respekt half das nichts, dafür kamen Pfefferspray und erste mobile Telefone auf den Markt. Ich erinnere mich an einen DGL, der zum Dienst kam, aus dem Auto ausstieg und einen Koffer mit sich trug. C-Netz war das Stichwort. Wir schauten aus der Wache raus und hielten uns die Bäuche vor Lachen. Es gipfelte im Lachkrampf, als er abgelenkt gegen eine kleine Mauer lief.

Vor 20 Jahren: „Wollen Sie meine Rechte hören – oder soll ich gleich filmen?“

Das mobile Telefon hielt nun Einzug, auch bei uns. Wir konnten auch nicht mehr über den DGL mit seinem Koffer lachen, denn man konnte das Gerät nun einfach in der Hand halten – unfassbar. Mit dem Smartphone kam jedoch auch das Zeitalter der Sofortjustiz. Der Polizist durfte nichts mehr falsch machen, aber gleichzeitig alles richtig erklären, live auf YouTube, unterteilt auf Facebook, Instagram und Co.

Ständige Überwachung ... komisch, was immer der Polizei vorgeworfen wurde, war

nun Realität auf der Straße. Nur hat es niemanden interessiert, schon gar nicht den Gesetzgeber oder die Polizeioberen. Unsicherheit machte sich breit, auch Angst. Vor was? Das wusste noch niemand so recht.

Aber es hatte erhebliche Auswirkungen auf das Agieren von uns. Ein Missverständnis im Halteverbot, bei einer Verkehrskontrolle? Schon warst du in laufenden Bildern in den (un)sozialen Medien, mit einem entsprechenden Shitstorm. Das Wort kannten viele von uns eigentlich noch gar nicht. Wer Recht durchsetzen will, braucht ein juristisches Gutachten, drei Zeugen und ein Social-Media-Team, so fühlte sich das an, aus heutiger Sicht.

Plötzlich war jeder Bürger auch Kameramann. Der Polizist war nun Teil der „öffentlichen Meinungsführung“. Ein Fehltritt, und man landete in den Abendnachrichten, zusammen mit Katzenvideos und Veggie-Werbung. 20 % auf alles, außer Tiernahrung ...

Die Uniform blieb gleich, aber das Image bekam Kratzer im Lack. Die Bürger forderten mehr Sicherheit – aber wehe, jemand wird angehalten. „Ich kenne meine Rechte“ wurde zur Floskel der Zeit. Jeder Einsatz war ein vorprogrammiertes Casting für den nächsten Skandal.

Ehrlich gesagt, es wurde immer unangenehmer. Damals noch in großen Dienstgruppen haben wir uns auch damit beschäftigt. Die Meinungen gingen ziemlich weit auseinander. Die „alten Hasen“ waren recht tiefenentspannt. „Bub, mach dir mal keine Gedanken“, hörte ich zu dieser Zeit noch sehr oft. Und ich war inzwischen ja auch schon Ende 30 ... Was war da los?! Dann kamen wir als „Boomer-Generation“ und die ganz jungen Kollegen und bei uns seit 1982 auch Kolleginnen. Man merkte echt, dass sich irgendwas verändert. Im täglichen Dienst, in der Beobachtung von außen, aber auch von innen. Die kritischen Blicke häuften sich.

Kannten wir bzw. ich noch einige Eskapaden von Vorgesetzten, waren diese nun die unbeflecktesten Führungskräfte. Oft blickte ich in Augen von mir vorgesetzten Kollegen, die mich für irgendwas maßregelten, und dachte im Stillen: Mein Lieber, wenn ich alles auspacken würde, was ich über dich weiß, dann ... Sei es drum, das System hat es gerichtet. Und vieles hat sich dann auch von selbst erledigt. Einige haben sich so dämlich angestellt, dass es auch anderen aufgefallen ist. Manches Schmunzeln konnten sich viele von uns nicht verkneifen.



Die letzten zehn Jahre: die Zielscheibe im Streifenwagen

Jetzt wird's ernst: Die Polizei der letzten Dekade ist eine Kombination aus diplomatischem Krisenteam, mobiler Beratungsstelle und menschlichem Sandsack. Sie soll deeskalieren, dokumentieren, tolerieren – aber bitte nicht autoritär wirken. Nur nach außen „sauber sein“. Whaaaaat??? Oder waaaaas?

Ich erinnere mich an die Indoktrination des kooperativen Führungssystems (KFS) – das wurde uns insbesondere bei der II. Fachprüfung seit den 90ern einbetoniert. Alter, was haben die uns alles vermitteln wollen ...?! Unglaublich. Ich schätze und hoffe, dass sich bei etwa 60 % zumindest meiner Studienkolleginnen und Studienkollegen der gesunde Menschenverstand durchgesetzt hat. Ich hasse es, wenn man Menschen kennt, die jahrelang mit einem Dienst versehen haben, in der Regel auf der von mir beschriebenen „Straße“, mit denen man richtig viel Spaß und Erfolg hatte. Wenn einige von ihnen dann nach dem Aufstieg meinen, eine andere Rolle zu spielen, ist das der Natur der Sache geschuldet. Man ist dann halt Führungskraft. Wenn sich dann bei einigen aber Charakter und die Rückbesinnung auf die Herkunft verändern, hört der Spaß auf.

Ich kenne die Polizei in meiner gesamten Zeit und durch Kontakte so gut, dass ich weiß, dass dies teils noch heute so ist. Menschen verändern sich, gut so. Polizisten

dürfen aber niemals ihre eigene Herkunft vergessen!!! Sie verbindet.

Zurück in die Zukunft: in das „Heute“

Nun ins Heute: Ein Polizist heute muss sich alles gefallen lassen – Widerstand, Beleidigung, Spucke, Pflasterstein – Hauptsache deeskalativ dabei lächeln. Mich würde interessieren, was die Fachlehrer und Lehrbeauftragten an der damaligen Polizeischule, Polizeiakademie und heute Hochschule davon halten?! Ihre vorgegebene Lehre scheint an der tatsächlich existierenden Realität offensichtlich überwiegend vorbeigegangen zu sein. Ich persönlich erinnere mich an Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, die sehr früh das tatsächliche Bild sehr realitätsnah vermittelten. Manche Polizistinnen und Polizisten, die als Lehrkräfte fungierten, hatten offensichtlich nicht eine Stunde „Dienst auf der Straße“ hinter sich?! Erschreckend.

Wo stehen wir heute?

Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte gehören zum Tagesbild. Sie werden mit „Berufsrisiko“ abgestempelt, sind also selbst gewählt. Politiker versprechen Schutz – und liefern warme Worte. Mehr auch nicht. Weshalb dauert es Jahrzehnte, bis man Schutz in Gesetzesform gießt, wie in

vielen anderen Ländern auch? Wer die Polizei nach Einsätzen noch versucht, aufgrund von Fakten zu verteidigen, gilt schnell als gestrig. Heute darf man Polizisten duzen, beschimpfen, bespucken – und wird dafür in manchen Kreisen noch bejubelt. Respekt? Fehlanzeige!

Polizisten sind Sozialarbeiter mit Schlagstock, Streetworker mit Vorschriften, Therapeuten mit Trillerpfeife. Und wenn's kracht, dann bitte ohne Aufsehen. Die Verantwortung wird in der Nachbereitung bis auf den kleinen „Streifenfuzzi“ heruntergebrochen.

Während die Gesellschaft ihre Meinung im Sekundentakt ändert, bleibt die Polizei oft allein mit Vorschriften, Erwartungen und einem Einsatzplan, der oft aussieht wie ein logistischer Albtraum. Früher war der Polizist ein Symbol für Ordnung. Und ein Freund. Heute ist er oft nur noch das letzte Glied einer verklemmten Hierarchiekette. Was will ich mit allem sagen, was ich geschrieben habe? Mir hat der Beruf immer Spaß gemacht, gerade in den Zeiten „auf der Straße“. Fragt ihr mich aber, ob ich das wieder machen würde, ist meine Antwort: nicht unter den heutigen Bedingungen und dieser mangelnden Wertschätzung!

Alles Geld, gute Ausrüstung und die wirklich guten Rahmenbedingungen in Hessen überwiegen nicht das Einzige, was den Beruf ausmacht: die Erwartung, dem Menschen Polizist auch den nötigen Respekt zu zollen.

Peter Wittig

Gedenken in Nordfrankreich – eine eindrucksvolle Reise

(wie) Kollegen der GdP RLP und ich als hessisches GdP-Mitglied sind am 28. Juni 2025 gemeinsam zu einer Gedenkfahrt nach Nordfrankreich gestartet. In einer Herberge in der Stadt Péronne schlugen wir unser Lager auf und starteten dort mit dem Besuch des Historial, einem modernen Museum über den Verlauf des 1. Weltkrieges im mittelalterlichen Schloss der Stadt.

Der folgende Sonntag stand ganz im Zeichen der ehemaligen Kriegsschauplätze und Gedenkstätten. Wir besuchten unter anderem das kanadische Mahnmal bei Vimy und konnten in den ehemaligen Schützengräben

und Tunneln das Grauen des Krieges lebens-echt nachempfinden.

Nach mehreren Stopps an unglaublich großen Soldatenfriedhöfen verschiedener Nationen fuhren wir zum Nécropole Nationale de Notre-Dame-de-Lorette, dem französischen Nationalfriedhof des 1. Weltkrieges (Unesco-Welterbe). Dort sind auf 27 Hektar 43.000 französische Gefallene bestattet worden. Direkt daneben steht das Internationale Gefallenemahl, der sogenannte Ring der Erinnerung, in dem die über 580.000 Toten, die während des 1. Weltkrieges in der Region zu beklagen



waren, namentlich auf 500 Stahlstelen aufgeführt sind.

Montags besuchten wir das südafrikanische Mahnmal mit einer außergewöhnlich schönen Architektur. Noch beeindruckender war allerdings ein Baum, der als einziger die Schlachten überstanden hatte.

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschent (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

ISSN 0170-6446



Fotos: Wiengen

Kranzniederlegung

Anschließend führte uns der Weg zum britischen Ehrenbogen in Thiepval an der ehemaligen Frontlinie. Am Abend fuhren wir nach Maurepas, der Partnergemeinde von Erbes-Büdesheim. Dort fand auf dem Soldatenfriedhof die erste offizielle Gedenkveranstaltung in Uniform statt. Anschließend wurden wir in das Bürgerhaus zu einem Umtrunk und Austausch eingeladen.

Am Dienstagmorgen, 1. Juli und somit Jahrestag der Schlacht an der Somme, wurden wir um genau 7:28 Uhr am Krater Lochnagar erwartet. Hier findet jedes Jahr der Auftakt der vielen Gedenkveranstaltungen des Tages statt. Damals hatten Briten sich unter die Stellungen der Deutschen gegraben und Sprengladungen platziert. Die Explosion war so gewaltig, dass die Erdbrocken bis über 1.000 Meter in die Höhe geschleudert wurden. Mit dem etwas mulmigen Gefühl, wie wohl ein deutscher Uniformträger aufgenommen werden würde, erreichten wir den Krater. Wir wurden herzlich empfangen und viele Menschen dankten uns für unsere Anwesenheit. Als Teil einer eindrucksvollen Veranstaltung mit einer ganzen Gruppe von Dudelsackspielern, Uniformträgern aus verschiedenen Ländern

und regionalen sowie überregionalen Politikern waren wir spürbar Teil eines Gedenkens in Freundschaft. Anschließend ging es zu der größten Gedenkveranstaltung am Ehrenbogen bei Thiepval. Hier fanden sich unzählige Teilnehmer ein, Uniformen aller am 1. Weltkrieg beteiligten Länder waren zu sehen und auch die britische Botschafterin in Frankreich nahm teil. Danach folgten wir der Einladung des Comte (Grafen) de Thézy zu einem gemeinsamen Mittagessen in dessen Waldhütte. Im Anschluss wurden wir vom Kommandanten der Gendarmerie eingeladen und besuchten dessen Dienststelle in Péronne. Nach einer Führung und einem intensiven Austausch fuhren wir gemeinsam nach Fricourt, um dort an der Gedenkveranstaltung der Gemeinde auf dem deutschen Soldatenfriedhof teilzunehmen und schließlich der Einladung der Bürgermeisterin zu einem gemeinsamen Abendessen im Gemeindehaus zu folgen. Auch hier wurden Freundschaften geschlossen und gefestigt sowie der Eindruck vollends bekräftigt, dass auch wir als Deutsche ein sehr willkommener Teil des gemeinsamen Gedenkens sind.

Am nächsten Morgen machten wir uns wieder auf den Rückweg nach Deutschland. Im Gepäck nahm ich viele beeindruckende Erinnerungen mit. Erinnerungen an eine hervorragende Zeit mit den Kollegen aus Rheinland-Pfalz, an die visuellen Eindrücke der unzähligen Mahnmale und Soldatenfriedhöfe, welche die ehemalige Frontlinie bis heute prägen, und an die gelebte Freundschaft ehemaliger Kriegsgegner. Es ist wichtig, auch als Deutsche, deutlich sichtbar in Uniform, an diesen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Es entstehen Verbindungen und Freundschaften für die Zukunft, um die Vergangenheit zu überwinden.

Sicher ist eins: Wer diese Gräber gesehen hat, kann nie wieder Krieg gutheißen!
Christian Wiengen

Jubiläen

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum**Jörg Wuttig**

Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum**Lothar Conrad**

Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg

Volker Sieler

Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg

Sterbefälle

Es starben**Rudolf Ludwig**

Kreisgruppe Wetterau

Egon Abeling

Kreisgruppe Wetterau

Hartmut Rehorn

Kreisgruppe Dillenburg-Herborn

Klaus Maier

Kreisgruppe Frankfurt

Josef Massag

Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Kurt Lohr

Kreisgruppe Melsungen

Uwe Heinemann

Kreisgruppe Waldeck/Frankenberg

Willy Heer

Kreisgruppe Hochtaunus

**Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren!**

Anzeige



Grone
WISSEN, DAS SIE WEITERBRINGT

Grone Bildungszentren Hessen GmbH - gemeinnützig

Gerbermühlstraße 11 · 60594 Frankfurt am Main

Telefon 069 4089987-0 · Fax 069 4089987-10

E-Mail: frankfurt@grone.de · www.grone.de